

Niederschrift Nr. 14 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 10.02.2009
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:25 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Bornemann, Bernd
Mecklenburg, Rico
Meinen, Regina
Swieter, Benjamin

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut
Verlee, Carmen

für Reinhard Hegewald

FDP-Fraktion

Ammersken, Heino
Bolinus, Rolf

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Koziolk, Stephan-Gerhard

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Brandt, Birka
Brayer, Heike
Buischer, Herbert
Kalvelage, Arthur
Kaufhold, Josef

Verwaltungsvorstand

Brinkmann, Alwin Oberbürgermeister
Docter, Andreas Stadtbaurat
Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Sprengelmeyer, Thomas
Buß, Thomas
Lier, Robert
Baumann, Albert

Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses

Protokollführung

Rauch, Agnes

Gäste

Bolinus, Erich

Götze, Horst

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 4 Schulentwicklungsplanung der Stadt Emden
Vorlage: 15/1029

Herr Brinkmann erklärt, die niedersächsische Landesregierung habe das Nds. Schulgesetz geändert und würde nunmehr eine IGS zulassen, wenn bestimmte Parameter wie z. B. die Fünfstufigkeit erfüllt seien. Nach vielen Gesprächen wolle die Verwaltung in der heutigen Sitzung eine diesbezügliche Vorlage einbringen, um dann auch anschließend in den Fraktionen Rede und Antwort zu stehen. Die Verwaltung habe sich einen „Fahrplan“ erarbeitet, nach dem sie verfahren wolle. So habe man gestern Abend mit den betroffenen Schulleitern gesprochen. Auch sei es üblich, bei großen Themen die Presse vorab zu informieren, damit diese Zeit habe, die Materie aufzuarbeiten. Jetzt werde diese Vorlage dem Rat vorgelegt. Er betont, dass heute keine Entscheidung zu treffen sei.

Heute Nachmittag habe man ihm nunmehr einen Auszug aus dem Internetauftritt der FDP-Fraktion vorgelegt, in dem diese Beschlussvorlage veröffentlicht worden sei. Er stelle fest, dass es anscheinend keine vertrauensvolle Zusammenarbeit mehr geben würde. Er habe sich ge-

Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses

wünscht, dass die Vorlage nicht vorab diskutiert würde, damit die Neutralität derer, die Entscheidungen zu treffen hätten, gewährleistet bleibe.

Herr Brinkmann führt weiter aus, über 50 Jahre würde es in Emden ein Schulsystem mit ortsbezogenen Schulen geben. Es seien Einrichtungen aufgebaut worden, die sich an Stadtteilen orientieren würden. Es stelle sich nun die Frage, ob das die richtige Form sei, um den Kindern die beste Ausbildung zu geben. Die Schulstruktur müsse vor allen Dingen auch mit Finanzmitteln unterfüttert werden. Auch sei es für ihn ein ganz wichtiger Bestandteil, was für Emden das Beste sei und wie man dieses umsetzen könne. Die Grundmeinung der Verwaltung sei nach wie vor, dass das Prinzip der Stadtteilschulen in einer Stadt wie Emden die beste Lösung wäre.

Herr Brinkmann unterstreicht, nachdem die Landesregierung die Möglichkeit eröffnet habe, sei eine IGS ins Gespräch gebracht worden. Seiner Ansicht nach habe sich der Förderverein hervorragend verhalten, da er immer sachlich informiert und sogar Hilfestellung gegeben habe. Im Rat sei darüber abgestimmt worden, dass es eine Elternbefragung geben werde. Hier sei der größte Streitpunkt die Nennung des Standortes gewesen. Die Befragung habe im Ergebnis gezeigt, dass über 60 % der Eltern sich vorstellen könnten, ihr Kind in einer IGS anzumelden. Damit habe der Rat die Verwaltung aufgefordert, einen Vorschlag zu unterbreiten. Im Laufe der Diskussion habe sich gezeigt, dass auch die Gemeinden Hinte und Krummhörn den Wunsch geäußert hätten, durchaus etwas mit Emden gemeinsam zu gestalten. Er habe auch das Gespräch mit dem Landkreis Aurich gesucht, um dem Rat eine Vorlage unterbreiten zu können.

Herr Brinkmann stellt fest, zum einen sei schon heute bekannt, wie viele Kinder in den nächsten fünf oder sechs Jahren eingeschult würden und wie die demographische Entwicklung in Emden ihren Lauf nehmen werde. Zum anderen gäbe es eine bestimmte Anzahl von Schulen und Klassenräumen. Es gehe nun im Grunde darum, alles so wie ein Puzzle zusammenschieben, sodass nach Möglichkeit keine Schule geschlossen werden müsse. Sehr schnell sei man zu der Einsicht gekommen, dass dieses nur zufriedenstellend funktionieren könne, wenn die Stadt Emden mit den Gemeinden Hinte und Krummhörn zusammenarbeite und eine achtzügige IGS aufbaue.

Herr Brinkmann teilt mit, die Verwaltung habe sich dafür entschieden, die beiden Grundschulen Emsschule und die Schule Nesserland in die jetzige Cirksenaschule zusammenzuführen. Weiterhin sollte gewährleistet sein, dass sowohl in Wybelsum als auch in Barenburg und in Borsum Schulmöglichkeiten erhalten bleiben. Abschließend sei man zu der Überzeugung gekommen, dass die jetzige Realschule ebenfalls erhalten bleiben sollte. Herr Buß werde sogleich die verschiedenen Möglichkeiten vorstellen und erklären. Er bitte darum, die anschließende Diskussion in aller Ruhe ohne Emotionen zu führen.

Herr Buß erklärt, im Mai 2008 habe die Verwaltung vier verschiedene Modelle zur Schulentwicklungsplanung vorgestellt, die bereits öffentlich diskutiert worden seien. Im Laufe dieses Prozesses habe sich eine Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes in der Form ergeben, dass das Errichtungsverbot für die Gesamtschulen aufgehoben worden sei. Insofern habe auch in Emden die Diskussion eingesetzt und der Rat habe die Verwaltung beauftragt, eine Elterninformation und -befragung durchzuführen. Das Ergebnis dazu liege jetzt vor. Daraufhin habe man die Schulentwicklungsplanung überarbeitet. Er betont, es gehe hier in den Modellen, die er gleich vorstellen werde, nicht ausschließlich darum, einen bestehenden Schulstandort in eine IGS umzuwandeln, sondern insbesondere darum, die Schulentwicklungsplanung weiter fortzuschreiben.

Herr Buß stellt dann die Modellvorschläge zur Schulentwicklungsplanung 2009 anhand einer PowerPoint-Präsentation vor und erläutert die Umsetzungsplanung für das Modell Nr. 5. Diese Präsentation ist der Vorlage 15/1029 als Anlage beigefügt sowie im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Brinkmann betont, die Verwaltung habe den Auftrag vom Rat aufzunehmen und ihn gesetzeskonform zu Papier zu bringen. Dabei müssten gleichzeitig die wirtschaftlichen Aspekte berücksichtigt werden. Jeder Anwesende müsse in dem Vortrag gemerkt haben, wo die Schwierigkeiten und Problematiken zu finden seien. Auch müsse jedem bewusst sein, dass das alles sehr viel Geld kosten werde und mit einer Summe von 6 bis 7 Mio. € zu rechnen sei. Es müsse bedacht werden, dass das Geld, welches man durch den Bund über das Land für die Einrichtung von Ganztagschulen bekommen habe, in bestimmten Konstellationen zurückgezahlt werden müsse. Abschließend wiederholt er, dass die Herren Lutz, Sprengelmeyer und Buß gerne bereit seien, in den Fraktionen alles noch einmal zu erläutern und Fragen zu beantworten.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bornemann bedankt sich zunächst bei Herrn Buß und seinen Mitarbeitern für die Erarbeitung und die Vorstellung der Modelle. Es sei ganz klar, dass man darüber heute noch nicht diskutieren könne. Allenfalls sei es Zeit für eine erste kurze Bewertung. Bezüglich der von Herrn Brinkmann angesprochenen Stadtteilschulen bemerkt Herr Bornemann, heute sei man in der Diskussion und im Sachstand weiter, da ein deutlicher Elternwille vorliegen würde.

Hinsichtlich des Präferenzmodells erklärt Herr Bornemann, seiner Ansicht nach sei dieses etwas völlig Neues, denn eine IGS mit einer Achtzügigkeit sei bisher überhaupt noch kein Thema gewesen. Dennoch biete dieses Modell eine ganze Reihe von Vorteilen, die aber im Detail noch betrachtet werden müssten. Auf der anderen Seite würden alle Schulformen erhalten bleiben. Auch müsse über eine IGS mit einer gymnasialen Oberstufe in Emden noch diskutiert werden. Die Zusammenführung der Nesserlander Schule und der Emsschule sei ein langgehegter Wunsch seiner Fraktion. Bei der letzten Strukturdebatte sei ausführlich darüber diskutiert worden, dass das jetzige Gebäude der Schule Nesserland aufgegeben werden sollte. Von daher werde es sicherlich die Zustimmung der SPD-Fraktion finden.

Abschließend stellt Herr Bornemann die Frage, wie die bisherige Zusammenarbeit mit den Gemeinden Hinte und Krummhörn und die Gesprächsabläufe dort aussehen würden. Seiner Meinung nach sei dieses ein ganz wichtiger Punkt, weil die Auswirkungen auf die Gymnasien und die IGS ganz wichtig für die Entscheidungen sein werden.

Herr Bongartz erklärt, er wolle sich zu den heutigen Ausführungen nicht äußern, da er sich damit zunächst einmal beschäftigen müsse. Die CDU-Fraktion habe seinerzeit gesagt, man stehe der IGS eigentlich nur positiv gegenüber, wenn die Standortfrage geklärt sei. Heute sei er in dieser Auffassung eigentlich nur noch bestärkt worden. Auch sei er von der Achtzügigkeit der IGS überrascht worden. Dieses werde sicherlich vorgeschlagen, weil es die günstigste Lösung sei. Doch wisse man nicht, ob das überhaupt funktionieren könne. Es hänge davon ab, wie sich die Gemeinden Hinte und Krummhörn entscheiden würden.

Herr Bongartz erkundigt sich, ob es üblich sei, dass bei der IGS jeder Jahrgang ein eigenes Lehrerzimmer habe und beabsichtigt sei, aus Gleichheitsgründen dieses auch bei den anderen Schulen vorzusehen. Weiter bittet er um Auskunft, ob Einzugsbereiche für die Gymnasien festgelegt seien.

Herr Renken stellt fest, dass das, was heute auf dem Tisch liege, das Ergebnis dessen sei, was von den Bürgerinnen und Bürgern gewünscht oder gewollt und nicht von oben verordnet worden sei. Aus diesem Grunde müsse auch der Stil dieser Diskussion ein ganz anderer sein. Es gehe hier darum, die wichtigste Ressource Bildung umzusetzen. Den Vorschlag der Verwaltung müsse man zunächst einmal verarbeiten und dann auch die anderen Varianten miteinander vergleichen und prüfen. Seiner Ansicht nach sei dieses jedoch ein diskussionswürdiger Vorschlag und er erwarte nicht nur eine Debatte von den Mitgliedern des Rates, sondern auch

Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses

von denjenigen, die davon betroffen seien. Er gibt zu bedenken, dass das von der Verwaltung bevorzugte Modell vom Landkreis Aurich abhängig sei.

Herr Renken bittet um Auskunft, wie genau eigentlich die Annahmen über die zukünftige Verteilung der Schülerströme seien und fragt an, warum eine Variante mit einer sechszügigen IGS mit einem Standort GAT plus Barenburgschule nicht in Betracht gezogen worden sei.

Herr Bolinius geht zunächst auf die Vorwürfe des Oberbürgermeisters ein. Die FDP-Fraktion habe erwartet, dass zumindest dem Rat am gestrigen Abend eine Beschlussvorlage vorliegen würde. Im Verwaltungsausschuss sei gesagt worden, der Rat bekomme diese Vorlage nicht. Es würden zunächst die Schulleiter informiert. Heute habe er die ersten Anrufe auch von Schulleitern erhalten. Da er keine Auskunft geben konnte, habe er Herrn Lutz angerufen und ihn gebeten, er möge doch sagen, wie der Tenor sei. Herr Lutz habe daraufhin gesagt, um 12:00 Uhr sei eine Pressekonferenz und danach werde er die Unterlagen zusenden. Diese Unterlagen habe er am Nachmittag erhalten und nichts Vertrauliches erkennen können, sodass er sie entsprechend veröffentlicht habe.

Zur Vorlage selber führt Herr Bolinius aus, hier hätte der Fachdienst Schule eine sehr gute Arbeit geleistet. Auch würde das Präferenzmodell der Verwaltung durchaus seine Zustimmung finden. Dennoch seien vorab viele Punkte zu klären. Auch nicht zu vergessen sei, dass diese Schulentwicklungsplanung viel Geld kosten werde. Besonders vor dem Hintergrund dieser zahlreichen Modelle würde ihm der vereinbarte Zeitrahmen sehr knapp erscheinen. Er weist darauf hin, dass die CDU- und auch die FDP-Fraktion gesagt hätten, bei der Befragung hätte die Standortfrage geklärt sein müssen. Dann hätten sich die Eltern auch besser entscheiden können und es wäre zu einem anderen Ergebnis gekommen. Für ihn stelle sich auch die Frage, ob Borssum innenstadtnah sei.

Frau Brandt erklärt, ihr sei aufgefallen, dass bei allen Modellen eine ganze Menge Räumlichkeiten fehlen würden. Sie fragt an, wie das gelöst werde. Außerdem erkundigt sie sich, ob die Schulgrenzbezirke aufgehoben würden, damit die Eltern frei wählen könnten, welche Schule ihr Kind besuchen sollte. Weiter bittet sie um Auskunft, wie die Aufnahmekriterien an einer IGS seien und wie die Unterrichtsversorgung aussehe. Abschließend fragt sie an, was geschehe, wenn ein Kind aus dem letzten Jahrgang einer Schule, an der die IGS eingerichtet worden sei, die Klasse wiederholen müsse.

Herr Lutz nimmt noch einmal Stellung zur Frage der Vorlage und berichtet aus dem Verwaltungsausschuss, er habe dort mitgeteilt, dass zunächst die Schulleiter als Vertreter der betroffenen Institutionen von der Verwaltung informiert würden. Auch habe er gesagt, dass die Vorlage für den Schulausschuss noch nicht fertig sei und deshalb nicht verteilt werden könne. Auch könne er nicht garantieren, dass die Schulleiter der Bitte auf Verschwiegenheit nachkommen würden. So scheine es ja auch gewesen zu sein. Weiter habe er den Fraktionsvorsitzenden zugesagt, die Vorlage zuzusenden, sobald diese fertiggestellt sei. Er habe diese Vorlage erst heute unterzeichnet und den Fachdienst Verwaltungsdienste gebeten, sie den Fraktionsvorsitzenden zuzusenden.

Herr Brinkmann führt aus, bezüglich der Zusammenarbeit mit den Gemeinden Hinte und Krummhörn bitte er um den Auftrag, mit dem Landkreis Aurich verhandeln zu dürfen. Wenn der Landkreis hier ablehnen sollte, könnte das von der Verwaltung bevorzugte Modell gleich zurückgezogen werden.

Herr Buß stellt fest, die Frage hinsichtlich der Lehrerzimmer sei konzeptionell bedingt und könnte vielleicht an anderer Stelle noch einmal näher betrachtet werden. Aber man müsse sich vor Augen führen, wenn eine solche Schule eingerichtet werde, dann gehöre auch das entsprechende Schulkonzept mit seinen Inhalten dazu. Weiter erklärt er, bezüglich der Schulbezirke im

Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses

gymnasialen Bereich würde sich nur ein Bezirk ergeben, weil es nur noch ein Gymnasium in Emden geben würde. Auch die Frage der Schulbezirke für die Hauptschulen würde sich nicht mehr stellen. Er würde dafür plädieren, die Bezirke der Realschulen und der Grundschulen aufrecht zu erhalten oder so zu verändern, dass sie auch entsprechend in das Modell passen würden.

Bezüglich der Verteilung der Schülerströme müsse man berücksichtigen, dass sich die Modelle auf vielen Hypothesen aufbauen würden. Aufgrund der Elternbefragung sei die Verwaltung davon ausgegangen, dass bei einer Achzügigkeit einer IGS zwei bis drei Züge aus den Umlandgemeinden gespeist würden. Das Besetzungsverfahren an der IGS in seinen Feinheiten sei auch Sache der Planungsgruppe, die noch eingerichtet werden müsse. Er wolle dem nicht vorgehen. Man habe allerdings mit verbleibenden Schülerzahlen gerechnet, d. h. die Schüler, die nicht in eine IGS gehen würden, gehen zu den verbleibenden Schulen des dreigliedrigen Schulsystems. Eine sechszügige IGS mit einer Außenstelle in der Barenburgschule wäre nicht genehmigungsfähig, wenn man sie zweizügig führen würde. Auch sei fraglich, ob eine IGS mit einer Außenstelle genehmigungsfähig sei, wenn diese nach Jahrgängen getrennt seien. Diese Detailfragen müssten jedoch noch mit der Landesschulbehörde geklärt werden.

Herr Buß bittet Frau Brandt, ihre detaillierten Fragen durch die noch einzurichtende Planungsgruppe beantworten zu lassen.

Herr Bornemann bemerkt, sowohl die CDU- als auch die FDP-Fraktion hätten auf die Art der Abfrage hingewiesen. Wenn er sich das heutige Ergebnis ansehe, dass man selbst nach der Elternbefragung noch mit acht verschiedenen Modellen arbeite, dann frage er sich, wie man vorher einen Vorschlag für einen Standort hätte machen wollen. Er betont, nach einer relativ kurzen Zeit habe man hier eine erneute Schulstrukturdebatte. Seine Fraktion lege Wert darauf, dass jetzt eine Lösung in aller Sachlichkeit diskutiert und auf dem Weg gebracht werde, die von Nachhaltigkeit geprägt sei.

Weiter bemerkt Herr Bornemann, er finde es außerordentlich bedauerlich, dass der Rat sich hier mit einem Nebenthema befassen müsse. Er könne bestätigen, was in der Verwaltungsausschuss-Sitzung gesagt worden sei und erinnere daran, dass in der letzten Schulausschuss-Sitzung ohne Widerspruch die Zeitleiste befürwortet worden sei, wonach heute in der Schulausschuss-Sitzung mit einer Tischvorlage die öffentliche Diskussion eröffnet werden sollte. Er finde es unerhört, dass sich eine Fraktion das Recht herausnehme und vor der Tischvorlage die Öffentlichkeit informiere. Seine Fraktion werde sich überlegen, in welcher Weise das Konsequenzen habe.

Frau Brayer erklärt, ihr erscheine das Modell als eine Fortführung des Status Quo, da beide gymnasialen Standorte und auch die Haupt- und Realschule Osterburg erhalten bleibe. Eine Außenstelle halte sie sowohl für Schüler als auch für Lehrer nicht für besonders günstig und vermute, dass dieses dem Konzept einer IGS überhaupt nicht entsprechen werde.

Herr Buisker bestätigt die Aussage von Herrn Bornemann, dass eine nachhaltige Lösung der Schulstruktur erforderlich sei. Weiter begrüße er, dass das Problem der Schule Nesserland anscheinend dauerhaft gelöst werden könnte.

Er bemerkt, Außenstellen würden die Eltern grundsätzlich problematisch sehen, ganz gleich ob an einer IGS oder an einem Gymnasium. Aber in dieser schwierigen Situation könne nicht jeder seine Wünsche durchsetzen. Er stellt Herrn Brinkmann die Frage, ob er tatsächlich einen Auftrag benötige, um mit dem Landkreis verhandeln zu dürfen.

Herr Brinkmann entgegnet, es hätte durchaus heute im Ausschuss der Tenor sein können, dass eine achzügige IGS mit den Gemeinden Hinte und Krummhörn nicht gewünscht sei. Er

Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses

könne aus der Diskussion nunmehr entnehmen, dass es eine mögliche Variante sei und werde jetzt so schnell wie möglich das Gespräch mit den Hauptverwaltungsbeamten suchen.

Herr Kaufhold gibt mit Blick auf die Berufsgruppe der Lehrerinnen und Lehrer zu bedenken, die heute vorgestellten Modelle hätten ein Personalkarussell zur Folge. Er bitte darum, auch das Gespräch mit den Interessenverbänden der Lehrkräfte zu suchen und nachzufragen, wie die personelle Absicherung in den einzelnen Schulzweigen aussehen werde.

Weiter führt er aus, die Modelle würden einen sehr weiten Zeitraum umfassen. Auf Landesebene sei jedoch eine Diskussion um den Bestandteil der Hauptschulen im Gange. Somit gäbe es in der Zwischenzeit eine Reihe von Modellen, die die Hauptschulen völlig integriere, sodass sie sich irgendwann einmal auflösen werden. Seiner Ansicht nach sei auch eine standortzentrale Hauptschule in Barenburg nicht passend. Darüber hinaus werde auch über die sechsjährige Grundschule diskutiert. Ihm sei bekannt, dass ein Übergang nach der 4. Klasse für viele Kinder eine große Belastung darstelle.

Herr Mecklenburg erkundigt sich, mit welchen Übergangszahlen gerechnet worden seien. Seines Erachtens sei das im Grunde genommen das Fundament dieser ganzen Modelle.

Weiter führt er aus, wenn man das Modell 5 zu Ende denke und die Gespräche mit dem Landkreis Aurich entsprechend verlaufen würden, dann könnte man sich vorstellen, dass in Pewsum ein Gymnasium aufgebaut werde. In Hinte könne der bisherige Schulstandort auch gestärkt werden, weil die Hauptschüler, die bisher in Pewsum zur Schule gegangen seien, dann in Hinte zur Schule gehen würden. Daraus ergeben sich bestimmte Fragen. Aus diesem Grunde wäre es gut, wenn möglichst rechtzeitig vor der nächsten Schulausschuss-Sitzung die Gesprächsergebnisse vorliegen würden.

Herr Mecklenburg stellt fest, dass es bei dem bevorzugten Modell der Verwaltung im Osten der Stadt an drei Standorten ein Angebot für potentielle Hauptschüler geben würde. Im Westen der Stadt dagegen würde es kein Angebot mehr geben, sodass diese Schüler sehr weite Wege auf sich nehmen müssten, was möglicherweise eine zusätzliche Belastung für sie wäre.

Herr Buß erklärt, er möchte kurz auf den Einwand von Herrn Kaufhold eingehen. Sicher könne man darüber diskutieren, ob eine zentrale Hauptschule im Bereich Barenburg anzusiedeln sei. Die Verwaltung habe jedoch bei ihrer Entscheidung die Bindungsfrist durch die IZBB-Mittel für den Ausbau der Ganztagschulen berücksichtigt. Diese müssten zurückgezahlt werden, wenn an diesem Standort keine Hauptschüler mehr beschult würden. Dieses sei ein wesentlicher Punkt gewesen. Da in Borssum weiterhin Hauptschüler an der IGS beschult würden, spreche das gegen eine Rückzahlungsverpflichtung.

Herr Buß führt bezüglich der Zahlen aus, man habe in den Modellen mit den Übergangsquoten gerechnet, die bei der Hauptschule 16 %, bei der Realschule 37 % und bei den Gymnasien 47 % betragen würden. Ausgehend von diesen Zahlen habe man die entsprechenden Schülerzahlen hochgerechnet und dabei auch bei einer fiktiven Verteilung die Schulplätze einer IGS berücksichtigt. Bei einer Fünfüzigkeit hätte man 150 Plätze zu verteilen und in etwa 20 % Hauptschüler und jeweils 40% Realschüler bzw. Gymnasiasten zugrunde gelegt. Es sei zu berücksichtigen, dass die Übergangszahlen nicht die Quoten der Empfehlungen und der ursprünglichen Elternwünsche widerspiegeln würden.

Herr Brinkmann fasst zusammen, man könne rechnen, wie man wolle, die Zahl der Schülerinnen und Schüler und auch die Zahl der Standorte seien bekannt. Die Zahl der Übergangsquote sei ebenfalls annähernd bekannt. Eine weitere Tatsache sei, dass dem Staat wieder Geld zurückgezahlt werden müsse, wenn bestimmte Standorte nicht berücksichtigt würden. Dieses sei auch der Grund gewesen, weshalb die Verwaltung überlegt habe, mit den Gemeinden Hinte

Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses

und Krummhörn zusammenzuarbeiten. Wenn eine Zusammenarbeit nicht möglich sei und der Rat die Stadtteilschulen nicht beschließen würde, müsse man über die Schließung einer Schule nachdenken. Aus diesem Grunde habe Herr Buß die verschiedenen Modelle so ausführlich dargestellt. Hier dürfe man nicht mit Wunschenken herangehen, sondern ganz logisch die Tatsachen aufnehmen und verarbeiten. Außerdem müsse man sich der Bedeutung der Entscheidung bewusst sein.

Herr Bongartz stellt hinsichtlich der Übergangsquoten nach dem 4. Schuljahr fest, dass es nach der Einrichtung einer IGS so gut wie überhaupt keine Hauptschüler mehr geben werde, da die Eltern versuchen werden, dort ihr Kind beschulen zu lassen.

Herr Sprengelmeyer stellt fest, die Verwaltung habe hier ein tragfähiges Perspektivmodell vorgelegt. Selbstverständlich könne man inhaltlich über die eine oder andere Sache noch diskutieren. Auf der anderen Seite sei es so, dass sich das Land auch in einer Planung befinden würde. Es werde ganz offen darüber diskutiert, wie lange es denn die Hauptschule noch geben werde. Auch werde auf Landesebene noch darüber gesprochen, ob die IGS fünfzünftig bleiben werde. Dann hätte man noch einmal eine andere Diskussionsgrundlage. Mit dem hier vorgestellten Modell 5 könne man flexibel auf Entwicklungen reagieren.

Abschließend betont Herr Sprengelmeyer, die Verwaltung stehe für Fragen bereit. Er würde es sehr begrüßen, wenn man frühzeitig in die Diskussion innerhalb der Fraktionen einbezogen werde.

Herr Renken bittet darum, die hier angesprochenen 6 bis 7 Mio. € in den Fraktionen entsprechend aufzuschlüsseln.

Herr Buß sagt zu, diese Zahlen in den Fraktionen detailliert zu erläutern.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 6 Anfragen

Herr Mecklenburg führt aus, in den Haushaltsberatungen sei für eine Grundschule Geld für ein neues Spielgerät zur Verfügung gestellt worden. Er habe beobachtet, dass die AAFöG sehr massiv dabei sei, an verschiedenen Spielplätzen Spielgeräte, die nicht mehr die erforderliche Sicherheit aufweisen würden, abzubauen. Dieses sei sicherlich richtig. Doch er stelle sich nunmehr die Frage, ob im Haushalt allgemein Geld für die Ersatzbeschaffung dieser Spielgeräte zur Verfügung stehen würde.

Herr Brinkmann antwortet, es habe schon sehr viele Prozesse gegeben, weil der Aufsichtspflicht nicht genüge getan worden sei. Aus diesem Grunde müssten defekte Spielgeräte unverzüglich abgebaut werden. Die Stadt Emden habe die bauliche Unterhaltung der Spielplätze an die AAFöG abgegeben. Im Haushalt stünden ca. 50.000 € für Spielplätze zur Verfügung.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.